

Bemerkenswerte Empathielosigkeit

Von Kristina Schröder

"Das Internet ist voll von Berichten von Frauen, die eine Abtreibung bereuen", sagt WELT-Kolumnistin Kristina Schröder

Gesundheitsminister Spahn plant eine Studie zu den psychischen Folgen von Schwangerschaftsabbrüchen. Der feministische Furor ist groß. Warum? Negative Auswirkungen passen nicht in ein Weltbild, das ausschließlich das Selbstbestimmungsrecht der Frau kennt.

Jens Spahn „tritt Frauenrechte mit Füßen“. Er „diskreditiert Frauen zu unmündigen Bürgerinnen“. Er nähert sich „abermals rechtsradikalem Gedankengut an“. Dies sind schwerwiegende Vorwürfe gegen den Bundesgesundheitsminister, und man kann verstehen, dass – Stand Mitte dieser Woche – mehr als 73.000 Unterzeichner sich unter dem Titel „Hilfe statt Hass“ auf der Petitionsplattform change.org dagegen verwahren.

Was hat Spahn getan? Hat er Frauen den gleichberechtigten Zugang zu medizinischen Leistungen verwehrt? Hat er Frauen aufgrund ihrer hormonellen Ausstattung einen durchschnittlich niedrigeren IQ attestiert als Männern? Will er ans Frauenwahlrecht ran?

Nicht ganz. Spahn plant eine wissenschaftliche Studie. Eine Studie zu den psychischen Folgen von Schwangerschaftsabbrüchen. In einer auf vier Jahre angelegten Langzeitstudie soll zu mehreren Zeitpunkten erhoben werden, ob und gegebenenfalls welche psychischen Belastungen bei Frauen nach einer Abtreibung festzustellen sind. Mit den Erkenntnissen soll die Früherkennung solcher Probleme verbessert werden, um „erforderlichenfalls Unterstützungs- und Beratungsangebote bedarfsgerecht anzupassen“, so das Ministerium. Das Studiendesign soll unter Einbindung von Fachleuten aus Forschung und Praxis konzipiert werden, die Vergabe der Studie wird ausgeschrieben.

Unerträgliche Bagatellisierung von Abtreibungen

Spahn will also einen bedeutenden Aspekt vieler Frauenleben wissenschaftlich untersuchen lassen, um Hilfsangebote bedarfsgerecht gestalten zu können – und die feministische Community dreht durch. Unterstützt von SPD, Grünen und Linken, aber auch von der FDP. Deren frauenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, Nicole Bauer, bezeichnete die geplante Studie als „Zugeständnis an radikale Lebensschützer“.

Warum dieser Furor? Geldverschwendung sei die Studie, heißt es treuherzig. Nun wird im Auftrag des Bundes an so allerlei geforscht, wie aus einer aktuellen Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage hervorgeht, die Hunderte von Studien auflistet. 2016 etwa suchte das Bundesjustizministerium nach „Perspektiven für die Einführung behördlicher Instrumente der Rechtsdurchsetzung im deutschen Recht“, was ja in der Tat ein lobenswertes Unterfangen ist, dem sich das Bundesjustizministerium zumindest mal perspektivisch nähern sollte.

Die „Marktstudie alkoholische Getränke im Rahmen einer Geschäftsreise in die USA (Westküste)“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft aus dem selben Jahr zeichnete sich hingegen hoffentlich durch Praxisnähe aus. Und die Studie „Genderaspekte bei der Vergabe des Umweltzeichens Blauer Engel am Beispiel von Multifunktionsgeräten“ hat 2002 tatsächlich das Bundesumweltministerium und nicht das Satiremagazin „Titanic“ in Auftrag gegeben. Ich habe es fünfmal überprüft, weil ich es kaum glauben konnte. Die jeweilige Aufregung um die etwaige Verschwendung öffentlicher Gelder muss an mir vorbeigegangen sein.

Alles längst abschließend erforscht, lautet ein zweites Argument gegen die geplante Studie. Abtreibungen hätten keine negativen psychischen Folgen, und wenn doch, dann seien diese auf die Stigmatisierung der betroffenen Frauen zurückzuführen. So wird der angebliche Stand der Forschung derzeit fast wortgleich von den Gegnern der von Spahn geplanten Studie referiert. Den Anteil derer, die tatsächlich mal einen vertieften Blick in die vorliegenden Forschungsarbeiten zum Thema geworfen haben, schätze ich auf unter fünf Prozent.

Dort hätten sie nachlesen können, dass sich ein von Lebensschützern immer wieder behauptetes „Post-Abortion-Syndrom“ nicht nachweisen lässt, dass aber viele Studien sehr wohl zu dem Ergebnis kommen, dass Frauen nach einer Abtreibung häufiger an Depressionen leiden oder an Suizid denken als Frauen, die nicht abgetrieben haben. Umstritten ist, ob dies ursächlich auf die Schwangerschaftsunterbrechung zurückzuführen ist oder ob vielleicht Frauen mit psychischen Problemen häufiger ungewollt schwanger werden und/oder in diesem Fall häufiger abtreiben.

Eine Metastudie, die Priscilla Kari Coleman 2011 im „British Journal of Psychiatry“ veröffentlichte, untersuchte 22 Studien mit fast 900.000 Teilnehmerinnen erneut und kam zu dem Ergebnis, dass Frauen, die eine Abtreibung vorgenommen haben, ein um 81 Prozent erhöhtes Risiko für die Entwicklung psychischer Probleme haben.

Paragraf 219a bleibt - es gibt aber einen Kompromiss

Es ist eine sensible Frage für viele Frauen und entwickelte sich zum Reizthema für die Koalition: Wie dürfen Ärzte über Abtreibungen informieren? Nun ist ein konkreter Kompromiss gefunden.

Dieses Ergebnis wurde wiederum in der internationalen Szene heftig diskutiert und kritisiert, Coleman habe auch solche psychischen Störungen herangezogen, die die Frau lange nach der Abtreibung entwickelt habe und bei denen ein Zusammenhang fraglich sei, so ein Vorwurf. Andere Forscher wiederum kritisieren das Fehlen genau solcher Daten: Die meisten Studien untersuchten das Auftreten psychischer Probleme lediglich im ersten Jahr nach der Abtreibung, Langzeitfolgen würden so systematisch unterschätzt.

Der Stand der Forschung ist also so, wie er insbesondere in den Sozialwissenschaften, zu denen die Psychologie zumindest teilweise auch gehört, immer ist: umstritten. Es gibt eine Mehrheitsmeinung („keine direkten psychischen Folgen von Abtreibungen“), und es gibt ernst zu nehmende Stimmen, die das anders sehen oder die vorhandenen Studiendesigns kritisieren.

Genug offene Fragen also, zu deren Beantwortung eine seriös und langfristig konzipierte Studie des Bundesgesundheitsministeriums beitragen könnte. Zumal die vorliegenden Ergebnisse fast alle aus anderen Ländern stammen, für Deutschland gibt es praktisch keine umfassenden Arbeiten zu den psychischen Langzeitfolgen von Abtreibungen. Dabei läge es doch nahe, auch zu untersuchen, ob die spezifische deutsche Rechtslage (Straffreiheit bei verpflichtender Beratung) positive oder negative Folgen für die psychische Gesundheit von Frauen hat.

Fötus wird zum „Zellhaufen“

Der wahre Grund für den Furor gegen die geplante Studie liegt also weder am Geld noch am Forschungsstand, dem angeblich nichts mehr hinzuzufügen ist. Sondern er liegt allein am Gegenstand der Studie. Negative psychische Folgen von Abtreibungen darf es schlicht nicht geben, weil sie nicht in ein Weltbild passen, das ausschließlich das Selbstbestimmungsrecht der Frau kennt und noch nicht einmal zugesteht, dass dieses Recht bei einer Abtreibung gegen Rechte des ungeborenen Kindes abgewogen werden muss.

Stattdessen werden diese Rechte komplett negiert. Dafür wird der Fötus entweder als „Zellhaufen“ geschmäht oder, rhetorisch raffinierter, schlicht ignoriert. In der eingangs erwähnten Petition taucht er genau so wenig auf wie im Schlachtruf „Mein Bauch gehört mir“. Was es aber nicht gibt, dessen Verlust kann auch keine psychischen Folgen haben. So weit, so konsequent.

Das Dumme ist nur, dass Frauen sich nicht immer in dieses Weltbild fügen. Das Internet – und zwar auch abseits der einschlägigen Webseiten der Abtreibungsgegner – ist voll von Berichten von Frauen, die eine Abtreibung bereuen. Direkt danach oder viele Jahre später. Weil sie keine Kinder mehr bekommen haben oder weil sie Kinder bekommen haben und sich seitdem quälend fragen, wer dieses nie geborene Kind war. Dabei ist es völlig unerheblich, ob man das, was diese Frauen empfinden, als Post-Abortion-Syndrom bezeichnet oder nicht. Und es ist auch unstrittig, dass viele Frauen nach einer Abtreibung keine psychischen Probleme haben.

Aber was ist mit den Frauen, die psychische Probleme haben? Was soll man ihnen aus Sicht derer, die Spahns Studie am liebsten verbieten würden, sagen? Dass sie sich ihre Gefühle von einer patriarchalen Gesellschaft einreden lassen? Dass sie das falsche Bewusstsein haben? Dass sie doch noch mal in sich gehen sollen, ob sie nicht doch Stigmatisierungen spüren, die an ihrem Leiden schuld sein könnten?

Auf der einen Seite diskutieren fortschrittliche feministische Milieus, Klassiker der Weltliteratur wie „Die Abenteuer des Huckleberry Finn“ und Ovids „Metamorphosen“ mit „Triggerwarnungen“ zu versehen. Ihre Lektüre könne bei Opfern von Rassismus oder Sexismus Retraumatisierungen auslösen. Auf der anderen Seite begegnen sie Frauen, die ihr ungeborenes Kind betrauern, mit einer bemerkenswerten Empathielosigkeit. Deren Leid ist noch nicht mal eine Studie wert. Wahrscheinlich deshalb, weil sie schlicht als Verräterinnen gelten.